

## **Vortrag**

von

Agneta Krüger,  
Referatsleiterin – Büro des Hauptgeschäftsführers  
Deutscher Städte- und Gemeindebund

anlässlich des

25. kommunalpolitischen Kongresses  
der Petra-Kelly-Stiftung

am Samstag, den 7. Mai 2011 in Bamberg

**„Kommunale Daseinsvorsorge neu denken?  
Herausforderungen und Lösungsansätze“**

Stand: 6. Mai 2011

**Es gilt das gesprochene Wort**

**[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)**

Anrede,

haben Sie herzlichen Dank, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf. Sie haben für Ihren Kommunalkongress einen Zeitpunkt gewählt, in der sich wichtige Weichenstellungen für die Städte und Gemeinden abzeichnen. Ich will aber zunächst einen kleinen Sprung in der Geschichte wagen:

**Als die Eisenbahn im 19. Jahrhundert eingeführt wurde, hielten diese damals viele Menschen für Teufelswerk.** Man ängstigte sich vor den hohen Geschwindigkeiten und befürchtete, durch sie krank zu werden. **Die Rauchwolken der Lokomotiven würden hindurchfliegende Vögel töten, Kühe in der Nähe der Bahnhöfe keine Milch mehr geben...** Rückwirkend betrachtet gilt die Eisenbahn heute als eine der umwälzendsten Erfindungen aller Zeiten. Erst durch sie ist kostengünstiges Reisen möglich geworden. Sie verbindet ganze Länder und Kontinente miteinander. Und gerade der Wirtschaft und Industrie bringt die Eisenbahn durch den schnelleren und regelmäßigeren Transport von Gütern in größerer Menge viele Vorteile.



**Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen anscheinend immer, warum etwas nicht geht oder warum die meisten Neuerungen zu wirklich schlimmen Folgen führen könnten.**

Bei der **Einführung der neuen Postleitzahlen** ging ebenso ein großer Aufschrei durch die Republik. "*Jetzt haben wir den Zahlensalat*" oder "*Krank durch neue Postleitzahl*" - so titelten die Zeitungen und Zeitschriften, als 1993 aus der vierstelligen eine fünfstelligen Postleitzahl werden sollte. **Die arme Großmutter würde damit nicht zurechtkommen und künftig keine Briefe mehr schreiben können**, so die großen Befürchtungen.

Auch wenn bei der Vergabe der neuen Zahlen nicht alles glatt über die Bühne ging und die ein oder andere Zahl doppelt vergeben wurde, das neue System funktionierte. Und zwar ohne das prophezeite riesengroße Postleitzahl-Chaos - und die Großmutter hat

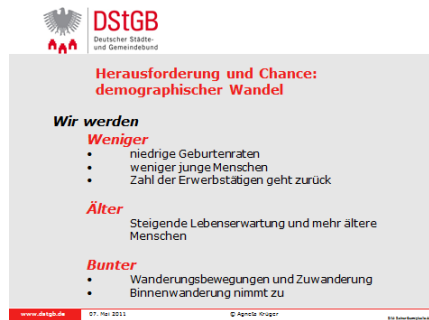
den Wechsel übrigens auch souverän gemeistert. Sie schreibt allen Unkenrufen zum Trotz immer noch ihre Briefe.

**Angst vor Neuem und Ungewöhnlichem mag verständlich und auch normal sein, sie darf jedoch nicht dazu führen, dass wir zu einem fortschrittsfeindlichen Land verkümmern.**

## **I. Demographischer Wandel**

Wenn wir einen Blick in unsere Zukunft werfen, werden wir uns damit auseinandersetzen müssen, dass wir vor dem Hintergrund einiger Entwicklungen - insbesondere der Finanzsituation unseres Staates und des demographischen Wandels – Neuerungen dringend benötigen werden.

**Vor allem ist der demographische Wandel kein Phänomen an für sich.** Er setzt eine nachhaltige Politik voraus, die alle Politikbereiche umfasst und die man eben nicht auf einzelne Sparten, wie Senioren- oder Familienpolitik, beschränken kann.



Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die Ausgangslage werfen:

**Die Bevölkerung in Deutschland altert und schrumpft. Im Jahre 2050 werden wir voraussichtlich von derzeit 82 Millionen auf weniger als 60 Millionen Einwohner sinken.**

Bereits jetzt ist ein Fünftel der Bevölkerung 60 Jahre und älter. Um das Jahr 2030 herum trifft das bereits auf jeden Dritten zu. Auch die Zahl der Hochbetagten steigt. Kurzum: Wir werden immer weniger und immer älter. Bei einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau wird Deutschland insgesamt nicht wachsen, sondern schrumpfen.

**Dieser Prozess ist unumkehrbar.** Er gilt auch dann, wenn künftig wieder mehr Kinder pro Familie geboren werden sollten, da es bereits jetzt weniger potentielle Eltern als in früheren Generationen gibt. Der Prozess ist auch nicht mehr durch verstärkte Zuwanderung zu korrigieren. Wollte man den Bevölkerungsrückgang in Deutschland über Zuwanderung aufhalten, müsste

man pro Jahr mehrere Millionen Zuwanderer, die nicht älter als 21 Jahre alt sind und möglichst ohne Familien kommen, nach Deutschland holen. Das ist faktisch nicht möglich und würde im Übrigen die Integrationskraft unseres Landes überfordern.

Das heißt, meine Damen und Herren, wir müssen uns auf diesen Prozess einstellen und mit ihm politisch umgehen.

Erlauben Sie mir, die Auswirkungen, die notwendigen Maßnahmen und die derzeitigen Chancen an einigen Politikfeldern zu beleuchten.

## **II. Nachhaltige Bildungs- und Familienpolitik**

Wir brauchen eine nachhaltige Bildungs- und Familienpolitik. Schon in wenigen Jahren wird es uns an qualifizierten Arbeitskräften fehlen, und wie in den 1960er Jahren werden die Unternehmen sich um die besseren Lehrlinge streiten. Gerade der Mangel an befähigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland sein.



**Der ehemalige amerikanische Präsident Kennedy sagte einst: „Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung – keine Bildung.“**

Gebildete Menschen gründen eher Unternehmen als ungebildete, zahlen mehr Steuern und sind häufig aktiver in der Bürgergesellschaft.

## **1. Situation der Bildung in Deutschland**

Die Bildung in Deutschland ist seit dem großen Pisa-Schock zwar besser geworden, aber sie ist noch nicht gut genug. **Rund 65.000 Jugendliche verlassen noch immer Jahr für Jahr die Schule ohne einen Abschluss. Das sind 7,5 Prozent aller Schüler und vor allem: Das sind viel zu viele!**

300.000 Kinder und Jugendliche weigern sich, regelmäßig die Schule zu besuchen und 1,5 Mio. Men-

schen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung.

Ohne Bildungsabschluss steigt das Risiko, dass die Betroffenen ein Leben lang auf Hilfe durch den Staat angewiesen sein werden. Etwas vereinfacht ausgedrückt: Die Schulabbrecher von heute sind die potentiellen Hartz-IV-Empfänger von morgen.

Die Städte und Gemeinden tragen Verantwortung für Kindergärten, Volkshochschulen, die sachliche Ausstattung der Schulen, das Bildungsklima und das familiäre Umfeld. **In den Städten und Gemeinden entscheidet sich der Erfolg oder Misserfolg der Bildung.**

Deshalb ist es wichtig, dass auch die Städte und Gemeinden den Bildungssektor prägen und mitgestalten können. Sie müssen sich zu Bildungsregionen entwickeln und wollen nicht einfach nur das tun, was sie von den Ländern vorgeschrieben bekommen.

Das deutsche Schulsystem selektiert nach wie vor nach sozialer Herkunft und die unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen in der Bildung führen zu erheblichen Übergangsproblemen.

## 2. Erforderliche Maßnahmen

Dieses defizitäre System muss aufgebrochen werden. Lassen Sie mich nur stichwortartig einige Maßnahmen ansprechen, die unverzichtbar sind:

Um den Grundstein für eine erfolgreiche Lernbiographie zu legen, ist es wichtig, bei der **frühkindlichen Bildung** anzufangen. Insbesondere, wenn es auch darum geht, Erziehungs-, Lern- und Sprachdefizite auszugleichen. **Wir müssen bereits die Kindergärten als Bildungseinrichtungen und nicht als Betreuungseinrichtungen gestalten und ausstatten.** Die Frage des Ausbaus der Kindertagesbetreuung darf deswegen auch nicht auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingeschränkt werden!

**Wir müssen die Übergänge von Kindergarten – Grundschule – weiterführende Schule und Beruf verbessern.** Dieses wird nur gelingen, wenn zwischen den Ebenen eine bessere Vernetzung und eine Begegnung auf Augenhöhe erfolgt.

**Bildung ist nicht nur Schule.** Auch die Familien, die Kindertageseinrichtungen, die kulturellen Einrichtungen, die Vereine und Verbände vor Ort tragen zum

Bildungserfolg eines Kindes bei. **Die Bildungsleistung all dieser Akteure muss miteinander verknüpft werden. Dies kann nur auf der lokalen Ebene gelingen. Städte und Gemeinden haben daher eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung des Bildungsstandortes.**

Viele Städte – wie z.B. die Stadt Arnsberg im Sauerland – haben sich auf den Weg gemacht, um **Bildungsstadt** zu werden. Dazu gehört die Erarbeitung eines neuen Leitbildes für eine örtliche Verantwortungsgemeinschaft in der Bildung und vor allem die Vernetzung der Bildungsakteure durch die Kommunen, damit so genannte Bildungslandschaften entstehen können.

#### - Netzwerke schaffen



**Welche Bedeutung eine Schule als Standortfaktor aber auch die Vernetzung hat, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen: Es geht um die Region Erlangen.**

In der Wirtschaftsregion Mittelfranken mit den weltweit agierenden Unternehmen Adidas, Puma oder Siemens erwies sich das Fehlen einer internationalen Schule als Standortnachteil.

Für die Unternehmen ist eine internationale Schule unerlässlich, wenn sie hoch qualifizierte Mitarbeiter haben wollen.

Schnell kam es zu einem Wettstreit der drei Kommunen Herzogenaurach, Erlangen und Nürnberg und der dort ansässigen Großunternehmen. Schließlich „gewann“ Erlangen. Hier war die finanzielle Unterstützung von Siemens und der Einsatz der Kommune am höchsten.

**Die Bildzeitung titelte: “Siemens schnappte Adidas Elite-Schule weg“.**

Inzwischen sehen die beiden anderen Gemeinden mit Adidas und Puma den Verlust sportlich. Ein Schulbussystem mit 26 Linien verbindet die Schule auch mit den beiden anderen Orten, sowie zahlreichen umliegenden Gemeinden.

**Das Beispiel im Rennen um die Internationale Schule in der Region Erlangen zeigt aber auch etwas anderes ganz deutlich: Wenn wir das Bildungssystem reformieren, müssen wir die Säulen,**

**die oftmals nebeneinander isoliert stehen, durch Netzwerke ersetzen.**

Alle zentralen Akteure – Städte – Unternehmen – Eltern – Bund und Länder – müssen zusammenwirken.

Das ist heute bei weitem nicht der Fall. So ist der Bund für die Weiterbildung zuständig, die Grundlagen wie Motivation und Fähigkeit müssen dafür aber schon in den Schulen gelegt werden.

**Als Ergebnis der Föderalismusreform I sind die Möglichkeiten für Zusammenarbeit und Verzahnung in der Bildung nahezu unmöglich gemacht worden.** Auch die direkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen ist nach dem Grundgesetz nicht mehr möglich.

Wir sollten uns die Frage stellen, ob unsere Einteilung in pädagogische und sächliche Schulangelegenheiten unter Zuweisung der verschiedenen Träger heute noch zeitgemäß ist? **Oder anders gefragt: Ist es richtig, dass der Bürgermeister zwar für die Toiletten in der Schule verantwortlich ist, aber nicht für die Köpfe der Lehrer?**

Und mal nebenbei angemerkt: Das System stammt aus einer Zeit, die unter Sachkosten die Beschaffung einfachen Schulmobiliars und traditioneller Unter-

richtsmittel, wie Tafeln, Kreide und Zeigestöcke verstand.

Das verfassungsrechtliche Kooperationsverbot führt dazu, dass Bund, Länder und Kommunen unkoordiniert an den unterschiedlichen Stellen des Bildungssystems tätig sind.

Die unterschiedlichen Kompetenzen im Bereich Bildung machen vieles hierzulande zwar komplizierter, aber nicht besser. Denn mehr Ganztagschulen und Sozialarbeiter können sich heute viele ärmere Bundesländer gar nicht mehr leisten. Der Bund sollte daher wieder die Möglichkeit haben, sich im Bereich Bildung finanziell zu engagieren. Die grundsätzliche föderative Zuständigkeitsverteilung wird hierdurch nicht in Frage gestellt.

Die mangelnde Kooperation weist gerade mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik auf ein weiteres Defizit hin. Die zum Teil erheblichen Unterschiede in den Schulstrukturen in den einzelnen Ländern, sowie die Unterschiede im Bereich der Ganztagsbildung führen dazu, dass das **notwendige Maß an Einheitlichkeit und damit die Voraussetzungen für die notwendige Mobilität der Bevölkerung fehlt**. So kann jeder be-

rufsbedingte Umzug mit schulpflichtigen Kindern schnell zu einem kleinen Drama werden.

**Meine Damen und Herren, erst Autonomie macht es möglich, die Probleme dort zu lösen, wo sie erkennbar und behandelbar sind, nämlich vor Ort.**

Das kann aber nur funktionieren, wenn die Betroffenen Bürgermeister aber auch die Eltern und Bürger mehr Entscheidungsautonomie, aber auch mehr Finanzautonomie erhalten. In Schweden, einem Land mit durchaus vorzeigbaren Pisa-Ergebnissen, können die Bewohner der Dörfer selbst entscheiden, wofür sie ihre Mittel verwenden wollen – für eine leicht erreichbare kleine Dorfschule, oder für ein ausgefeiltes Beförderungssystem zur nächsten Knotenschule.

### **3. Bildung und Demographie**

Bildung und demographischer Wandel sind eng miteinander verknüpft. Ich möchte das einmal am Beispiel Brandenburg verdeutlichen: Das Land wird zwischen 2004 und 2030 voraussichtlich rund 13 Prozent seiner Bevölkerung verlieren. Es ist zu erwarten, dass sich die Entwicklung danach weiter beschleunigen wird. Dem Bereich um Berlin herum geht es zwar gut, er kann weiter mit Zuzug und Bevölkerungswachstum

rechnen, aber in den ländlichen Regionen Brandenburgs sieht das ganz anders aus. Und gerade junge Frauen wandern hier überproportional ab. **Und das ist auch eine Bildungsfrage. Denn gerade die jungen Frauen sind weitaus besser qualifiziert als ihre Altersgenossen, machen zu 50 Prozent häufiger Abitur und haben deshalb anderenorts bessere Chancen. Vor allem aber finden sie in den neuen Bundesländern immer seltener Lebenspartner mit einem ähnlichen Bildungsniveau.** Wer zurückbleibt, ist oft sozial schwach, einkommensschwach, wenig mobil und häufig von Transferleistungen abhängig. Damit ziehen demographische Probleme ernste wirtschaftliche Probleme nach sich.

### **III. Aktive Senioren- und Infrastrukturpolitik**

#### **1. Neue Generation an Senioren**

Der demographische Wandel sollte aber auch nicht als ein ausschließlich negativer Prozess verstanden werden. Das anfangs genannte Beispiel zur Einführung der neuen Postleitzahlen zeigt uns, dass wir die Altersgruppe der sog. „Best-Agers“ auch nicht unterschätzen dürfen. Die Generation der heute 60- bis 70-



## 2. Demographie bedeutet auch Umbau unserer Gesellschaft

Natürlich müssen wir aber auch mit den älteren Menschen anders umgehen. Ein Umbau unserer Gesellschaft ist hier unvermeidbar.

### a) Belebtere Innenstädte

Da ältere Menschen nicht unbedingt draußen auf der „Grünen Wiese“ einkaufen, muss die gemeindliche Infrastruktur hier angepasst werden. Wenn Innenstädte so aber nicht mehr nur Einkaufsort, sondern auch wieder vermehrt Wohn- und Arbeitsort, Kulturstätte und Orte der Kommunikation werden, besteht hier die große Chance im demographischen Wandel, dass wir **wieder zu mehr belebten Innenstädten** gelangen.

### b) Neue Formen der Mobilität



Wir werden künftig aber auch eine andere Form der Mobilität in unseren Städten und Gemeinden erleben. **Das Stichwort Elektromobilität ist ja mittlerweile in aller Munde.** Elektromobilität wird langfristig unser

Mobilitätsverhalten nachhaltig ändern. Wir sollten uns dabei allerdings von der Vorstellung lösen, dass Elektromobilität vor allem Elektro-Autos bedeutet. **Mittlerweile sind 50 Prozent aller Autofahrten kürzer als 6 km.** Das ist eine Distanz, die sich optimal auch mit dem Fahrrad erledigen lässt. Das Fahrrad hat sich längst vom Freizeitvehikel zum Verkehrsmittel etabliert. Unterstützt durch den Elektromotor ist das Elektrofahrrad für viele ältere Menschen eine gute Alternative, um so die individuelle Mobilität erhalten zu können.

### c) Innovative Dienstleistungen für Ältere



Unsere neue Generation an älteren Menschen wird häufig auch als „Silver Surfer“ bezeichnet.

Senioren, die das Internet nutzen, sind bei weitem keine Ausnahme mehr.

Die Ergebnisse der Onlinestudie von ARD und ZDF zeigen, dass es 2009 ca. 5 Millionen Internetnutzer im Alter von 14 – 19 Jahren gab bei gleichzeitig 5,3 Millionen Nutzern, die 60 Jahre alt waren oder älter. Bei

der Generation „70-Plus“ ist sogar fast jeder Fünfte Onliner gewesen.

**Diese Erkenntnis sollten die Städte und Gemeinden nutzen!**

**Denn die älter werdende und schrumpfende Gesellschaft wird auch eine andere Form von Dienstleistungen erfordern.** Ich bin mir sicher, meine Damen und Herren, dass sich der Bereich der **gesundheitsnahen Dienstleistungen zum Jobmotor** entwickeln kann, wenn wir die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten. Gerade weil die Menschen immer älter werden und gesund bleiben wollen, sind sie bereit, in diesem Bereich auch aus eigenem Kapital oder eigenem Einkommen zu investieren. Wir müssen uns deshalb davon verabschieden, dass eine immer bessere und wirtschaftlich qualifiziertere medizinische Versorgung mit immer weniger Geld zu haben ist. Gleichzeitig müssen wir aber auch sicherstellen, dass in den ländlichen Räumen Gesundheitszentren und Beratungsdienstleistungen entsprechend bereit gestellt werden, damit auch ältere Menschen die Angebote erreichen und nutzen können. **Wir sollten auch ergänzend über IT-Lösungen sprechen, wonach z.B. chronisch kranke Menschen mit speziellen Messgeräten Gewicht, Blutdruck und Puls an**

**den Arzt übermitteln können.** In einem persönlichen Gespräch können sie sich dann mit ihrem Arzt in einer virtuellen Sprechstunde via Internet austauschen.

#### **d) Kommunalen Wettbewerb/ Netzwerke**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, **der Wettbewerb der Kommunen um Einwohner wird künftig deutlich zunehmen.** Ein wenig Wettbewerb ist zwar gut, er fördert die Stärken einzelner Gemeinden. Um im Konkurrenzkampf zu bestehen, werden die unterschiedlichen Schwerpunkte der Gemeinden noch stärker herausgearbeitet und Profile gebildet werden. Das kommt letztlich auch den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. **Stärken lassen sich aber auch durch eine bessere Vernetzung ausbauen.** Nicht jede Kommune muss ihr eigenes Personalamt oder ihr eigenes Versicherungsamt betreiben. **Wir brauchen künftig viel mehr kooperative Kommunalpolitik mit interkommunaler Zusammenarbeit, die eben über die Gemeindegrenze hinausgeht. Mit fortschreitender Technik bietet hier gerade die Digitalisierung vieler Prozesse eine große Chance. Diese müssen wir nutzen.**

### III. Energiewende

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, bedarf es einiger Umbaumaßnahmen in unserer Gesellschaft, damit wir den demographischen Wandel in unserem Land meistern können. Es gibt aber unabhängig davon noch eine weitere große Herausforderung für uns alle: Die Energiewende.

**Die Städte und Gemeinden und ihre Stadtwerke haben längst erkannt, dass die Zukunft der Energieversorgung dezentral ist.**



**Zur Umsetzung der neuen Energiepolitik bedarf es der Städte und Gemeinden. Denn hier - vor allem im ländlichen Raum - werden die alternativen Energien angesiedelt, hier müssen die Stromtrassen gebaut werden, hier leben die Verbraucher, die gegebenenfalls das Verbrauchsverhalten ändern sollen und hier muss die Infra- und Speicherstruktur geschaffen werden.**

Hierbei handelt es sich um eine Erkenntnis, zu der anscheinend noch nicht alle Parteien gefunden haben. **In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wird der Ausstieg vom Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.** Eine Rückkopplung mit den Städten und Gemeinden, die sich mit ihren Stadtwerken bereits auf den Ausstieg eingestellt und entsprechende Investitionen getroffen haben, ist aber nicht erfolgt. Auch bei den Bürgern stößt diese Vorgehensweise auf wenig Gegenliebe. Denn diese wollen sich längst nicht mehr mit den Antworten „**Sachzwang**“, „**Alternativlosigkeit**“ oder „**da müssen wir durch**“ zufrieden geben. Sie wollen verstehen, was sich verändern soll oder eben nicht und verlangen mehr Transparenz. Das ist spätestens seit der Protestbewegung gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 deutlich geworden.

Ich bin davon überzeugt, dass die Atomenergie ein Auslaufmodell ist. Dezentrale, alternative Energieerzeugung wird an Bedeutung gewinnen und damit insbesondere die Kommunen und ihre Stadtwerke. Hier müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen.

Die Bundesregierung hat kürzlich ein **Eckpunktepapier** vorgestellt, das sich auch mit den Kommunen beschäftigt.

**„Wir werden Möglichkeiten eines finanziellen Ausgleichs für die betroffenen Gemeinden beim Netzausbau prüfen“** heißt es dort.

Meine Damen und Herren, nach meiner festen Überzeugung bedarf es hier keiner Prüfung. Selbstverständlich müssen die Städte und Gemeinden - insbesondere in den Regionen und ländlichen Räumen – dort, wo der alternative Strom erzeugt und transportiert wird, an der Wertschöpfung beteiligt werden. Nur dann wird es die notwendige Akzeptanz geben, um den Ausbau in der nötigen Geschwindigkeit zu beschleunigen. Dies wird eine zentrale Forderung unseres Verbandes sein. Ich sehe darin auch eine große Chance für neue Arbeitsplätze in ländlichen Räumen. Wer mutig ist, kann sagen, „wenn wir es richtig anstellen, sind wir die Ölscheichs von morgen.“

Wenn wir die Energiewende wirklich schaffen wollen, brauchen wir aber auch eine ehrliche Debatte.

**Der Umstieg geht nicht über Nacht und es gibt ihn nicht zum Nulltarif. Wir brauchen Zeit, Geld, tausende Kilometer Leitungen, Speicherkapazitäten,**

## **schnellere Planungsverfahren und staatliche Programme zur energetischen Gebäudesanierung.**

Zu einer ehrlichen Debatte gehört vor allem die **Frage des Netzausbaus**. Es darf nicht zu einer Ausbreitung des „**Sankt-Florian-Prinzips**“ frei nach dem Motto: „**Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd´ andre an**“ kommen. Denn wenn wir alle den Umstieg auf die alternativen Energien wollen, aber die Stromleitungen doch bitte nicht am eigenen Ort vorbei, sondern woanders langlaufen sollen, werden wir nicht weit kommen.

Um jahrelange Verzögerungen bei der Planung und beim Bau zu vermeiden, ist eine aktive Informationspolitik und eine **frühzeitige Beteiligung der Bürger bei den Planungsvorhaben notwendig. Gleichzeitig müssen die Planungs- und Gerichtsverfahren gestrafft werden**. Wenn wir über den Netzausbau reden, stellt sich die Frage, ob die neuen Leitungen überirdisch oder unterirdisch verlegt werden sollen. Das muss aber auch bezahlt werden können. Die dena-Netzstudie beziffert die Kosten einer flächendeckenden Erdverkabelung auf 55 Milliarden Euro. Die Kosten bei Freileitungstrassen werden dagegen auf 6 Milliarden Euro geschätzt. Hier brauchen wir eine ge-

sellschaftliche Diskussion, was geleistet werden kann, was gewünscht und was akzeptiert wird.

Zudem müssen wir für die Akzeptanz bei den Bürgern werben. Eine aktuelle Studie der Universität Zürich und der Unternehmensberatung „The Advisory House“ zur Akzeptanz von Wind- und Biomassekraftwerksprojekten hat herausgefunden, dass sich Widerstand vor allem dann formiert, wenn die Bevölkerung in Form ihrer Kommune nicht von den Gewinnen profitiert. Ohne Beteiligung der Städte und Gemeinden an der Wertschöpfung der Erneuerbaren Energien wird es kaum Akzeptanz geben. Denn den Bürgern wird schwer zu vermitteln sein, warum sie Einschnitte in ihrer Landschaft durch Stromtrassen, Windräder und Biogasanlagen oder Geräusch- und Geruchsemissionen hinnehmen sollen, aber ihrer Stadt das Geld für den Kita-Ausbau und zum Stopfen der Schlaglöcher fehlt. Wenn der öffentliche Nahverkehr nicht vorgehalten werden kann, aber Einzelne mit der Energieproduktion viel Geld verdienen, wird dieses auf Unmut stoßen.

Last but not least müssen wir für die Energiewende die **Energieeffizienz weiter verbessern**. Denn **die beste Energie ist die, die man einspart, denn die**

**muss man gar nicht erst produzieren.** Unsere Energieeinsparpotentiale in den Städten und Gemeinden sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Allein der Energieverbrauch der 176.000 kommunalen Gebäude lässt sich um 40 % reduzieren.

**Die aktuelle Kürzung der Städtebaufördermittel durch den Bund ist hier das falsche Signal und kontraproduktiv!**

Klimaschutz ist keine alleinige Aufgabe des Staates. Schon immer haben sich die Bürger im besonderen Maße für den Klimaschutz interessiert. Der Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes ist einer, in dem sich die Bürger gerne einbringen. Hier sehe ich eine große Chance für unsere Gesellschaft. So gibt es schon heute z.B. in Hessen nahe Wetzlar **die Genossenschaft Bioenergiedorf Oberrosphe, die unter dem Motto „Ein Dorf will weg von Öl und Gas“ sich seit 2008 mit eigener Wärme aus dem genossenschaftlich geführten Blockheizkraftwerk versorgt.** Die Bürger als Genossenschaftler sind damit nicht nur bloße Konsumenten „ihres“ Stromes und Wärme, sie sind auch Erzeuger.

Viele Menschen, die sich gerne mehr engagieren würden, wissen aber gar nicht, welche Möglichkeiten es gibt und wie sie dies anstellen sollen. **Hier sind**

**unsere Städte und Gemeinden gefragt, das im Ehrenamt schlummernde Potential weiter durch Aufklärung und Information zu aktivieren und zu unterstützen.**

#### **IV. Ausblick/ Abschluss**

Meine Damen und Herren, wir müssen die kommunale Daseinsvorsorge nicht komplett neu denken, denn wir sind oftmals schon auf einem guten Weg. Dieser muss aber auch weiter beschritten werden. **Wir müssen die kommunale Daseinsvorsorge stets weiterdenken.** Ging es vor 60 Jahren nach Kriegsende vor allem darum, die Menschen mit Wohnungen, Essen und Infrastruktur zu versorgen, machen wir uns heute für die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet stark. Breitband ist nach meinem Verständnis heute auch ein Aspekt der Infrastruktur – quasi die Straßen des 21. Jahrhunderts. Ohne schnelles Internet keine Jobs, keine Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum und keine intelligenten Stromnetze. Das konnte sich vor 60 Jahren sicher keiner vorstellen.

Es gilt heute der Grundsatz, dass die Kommunen selbstbewusst in die Zukunft sehen dürfen. Das ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die **Kommunalpolitik immer mehr in das Zentrum der Bundespolitik rückt. War gestern Familienpolitik noch „Gedöns“, ist es heute ein Schwerpunkt auf dem bundespolitischen Parkett.** Bildungspolitik wird heute mit den Kommunen gemacht und gilt als entscheidende Zukunftsfrage der Gesellschaft. Auch der Klimaschutz ist mittlerweile als zentrales bundespolitisches Thema anerkannt und setzt kommunale Mitwirkung voraus. Fragen wie die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum, Bürgernähe und Bürgergesellschaft..., die Liste der Themen lässt sich ohne Weiteres fortführen.

Aus diesem Grunde dürfen wir es nicht zulassen, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch ihre Finanznot immer mehr bedroht wird! **Bei der Entlastung der kommunalen Haushalte durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter dürfen wir daher nicht stehen bleiben.** Das Finanzproblem der Kommunen ist ein strukturelles Problem.

Last but not least sollten wir uns - unabhängig von der Finanzsituation - stets die Worte Senecas bewusst machen:

**„Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht. Sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.“**

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.